

PROCESSING COPY

108

**INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT**  
**CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY**

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S E C R E T

25X1

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Ministry of Construction: Directives and Information	DATE DISTR.	14 FEB 1958
	<i>(building of proper use of present buildings new buildings only when these necessary)</i>	NO. PAGES	1
		REFERENCES	RD
DATE OF INFO.			25X1
PLACE & DATE ACQ.			25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

[Redacted box]

(No. 17) of Verfügungen und Mitteilungen (Directives and Information) published by the Ministry of Construction. (6 pages in German)

issue

12 MAR 1958

25X1

S E C R E T

25X1

RD

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC				
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)														

**INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT**



Vor für das Staatsgebiet

# Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1957

Berlin, den 1. September 1957

Nr. 17

## Sonderdruck

für die Durchführung des landwirtschaftlichen Bauprogramms

Bereits im Februar 1957 wurden die in diesem Sonderdruck wiedergegebenen Empfehlungen des Bezirks- und Kreisbaustäben mit der Bitte zugeleitet, zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet des ländlichen Bauwesens nach den Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung des landwirtschaftlichen Bauprogramms zu verfahren. Es zeigte sich aber inzwischen, daß Empfehlungen und Richtlinien bisher nicht genügend bekannt geworden sind. Aus diesem Grund erfolgt ihre Veröffentlichung nunmehr im Rahmen der „Verfügungen und Mitteilungen“ des Ministeriums für Aufbau.

Die den örtlichen Organen der Staatsmacht damit gegebenen Richtlinien sind das Ergebnis einer umfangreichen Arbeit der Kommission zur Verbesserung des ländlichen Bauwesens. Sie enthalten:

1. Eine den Anforderungen der Landwirtschaft angepaßte Regelung für die Perspektiv- und Vorplanung.
2. Eine Grundlage für eine zusammenhängende Projektierung, die es verhindert, daß die einzelnen Objekte (z. B. Stallbauten) eines Vorhabens fertig-

gestellt werden, die übrigen Voraussetzungen für den Betrieb (z. B. Stromanschluß, Be- und Entwässerung) jedoch zurückbleiben.

3. die Festlegung einer Ordnung für die Projektierung mit kürzeren Terminen für die Bauvorhaben der LPG, bei denen die früher geforderten Zeitabstände von 1 1/2 Jahren Vorlauf sich als Hemmnis erwiesen.
4. eine Anleitung zur Verbesserung der Baudurchführung und der Versorgung mit Baustoffen;
5. eine Empfehlung für die Veränderung der Aufgabenstellung bei den örtlichen Staatsorganen der Landwirtschaft, die es ermöglicht, die Vorarbeiten besser zu bewältigen.

Als gemeinsames Arbeitsergebnis des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Ministeriums für Aufbau haben diese Empfehlungen in einigen Kreisen bereits gute Erfolge gemittelt. Ihre allgemeine Beachtung wird beim Bauen für die Landwirtschaft eine bedeutende Hilfe bieten.

## Empfehlungen des Zentralen Baustabs beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft an die Bezirksbaustäbe zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiete des ländlichen Bauwesens

vom 22. Februar 1957

Der Zentrale Baustab hat sich während seiner bisherigen Tätigkeit eingehend mit der Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiete des ländlichen Bauwesens beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist zur Verbesserung der Vorbereitung und Durchführung des landwirtschaftlichen Bauprogramms eine Richtlinie ausgearbeitet worden. Diese Richtlinie wird hiermit den Bezirksbaustäben zur Kenntnis gegeben. Gleichzeitig empfiehlt der Zentrale Baustab den Bezirksbaustäben, diese Richtlinie kurzfristig in der nächsten Bezirksbaustabsitzung zu beraten und alsdann den zuständigen Räten der Bezirke vorzuschlagen, künftig bei der Vorbereitung und Durchführung des landwirtschaftlichen Bau-

programms unter Zugrundelegung der folgenden Richtlinie zu verfahren.

### Richtlinie

zur Vorbereitung und Durchführung des landwirtschaftlichen Bauprogramms

Diese Richtlinie gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. Bauvorbereitung
  - a) Perspektivplanung
  - b) Vorplanung
  - c) Projektierung
2. Bauausführung
3. Schlußbemerkungen



- b) der Räte der Kreise, Abt. Land- und Forstwirtschaft, soweit es sich um Investitionen der LPG handelt.
- Die vorstehend genannten zuständigen staatlichen Organe nehmen die Finanzierung der Vorplanung aus ihren Haushaltsmitteln vor.
- 3 Die Beschaffung, für welche Objekte die Vorplanungsmaterialien ausgearbeitet sind, erfolgt:
  - a) für Investitionsbauten dem jeweiligen Planträger im Einvernehmen mit dem betreffenden Investitionsträger.
  - b) für Lizenzbauten der LPG den Räten der Kreise, Abt. Land- und Forstwirtschaft, im Einvernehmen mit der betreffenden LPG und dem LPG-Berat.
- 4 Durch die Vorplanung sind gewährleistet sein, daß vor Beginn der Projektierung folgende Voraussetzungen geschaffen sind:
  - a) eine klare Aufgabenstellung für den Projektanten.
  - b) Bekanntgabe der notwendigen Folgeinvestitionen an andere Planträger.
  - c) Vorliegen von notwendigen Gutachten und Genehmigungen.
- 5 Die Vorplanung s 1 folgende Angaben umfassen:
  - a) eine betriebswirtschaftliche Begründung, in der ausführlich auf den durch die Investitionen bzw. Lizenzen zu erreichenden Nutzen einzugehen und die Nichtverwendbarkeit vorhandener Gebäude und Anlagen zu begründen ist;
  - b) die Eigentumsverhältnisse am Baugelände (Ausgang aus dem Grundbuch);
  - c) die Kapazität und das Bauprogramm;
  - d) für Produktions- und Nutzbauten die vorgesehene Technologie und Innenmechanisierung;
  - e) den voraussichtlichen Bedarf an Wasser und Energie;
  - f) im Zusammenhang mit den vorgesehenen Bauverfahren etwa notwendige Folgeinvestitionen (z. B. spätere Erweiterungen, Wohnungen, Sozial-, Kultur-, Gesundheits- und Nachwachstumsrichtungen);
  - g) den geschätzten Wertumfang des Gesamtinvestitionsprogramms gegliedert in Bauteil, Ausrüstungen und sonstige;
  - h) den vorgesehenen Termin der Inbetriebnahme;
    - 1) das Standortgutachten mit der notwendigen Beurteilung über Baugrundverhältnisse, geologische Verhältnisse, wasserwirtschaftliche Verhältnisse, Energiebedarf und die Art der Deckung, die notwendigen Versorgungs- und Abwasserleitungen, Verkehrswege und sonstige notwendige Erschließungen;
    - 2) eine Übersicht, in welchem Umfang/ örtliche Baustelle bei diesen Objekten genutzt werden können und bis zu welcher Höhe eigene Leistungen durch den land- bzw. forstwirtschaftlichen Betrieb durchgeführt werden können.
- 6 Für die Durchführung der Vorplanung sorgen:
  - a) bei Investitionsbauten der jeweilige Planträger.
  - b) bei Lizenzbauten der LPG der zuständige Rat des Kreises, Abt. Land- und Forstwirtschaft.Auf Anforderung der Planträger bzw. der Räte der Kreise, Abt. Land- und Forstwirtschaft sowie der Räte der Kreise, Abt. Aufbau, sollen

- die Abt. Verkehr des Rat des Kreises der Bezirke bzw. Kreis
  - die VEB Energiewirtschaft
  - die VEB Wasserwirtschaft
  - die zuständigen Administration der Staatlichen Geologischen Kommissionen
  - die betreffenden Betriebe für die Durchführung von Mechanisierungsarbeiten
- die für die Vorplanung erforderlichen Unterlagen termingerecht ausarbeiten bzw. Auskünfte geben. Die Planträger bzw. Räte der Kreise, Abt. Land- und Forstwirtschaft beschaffen zu dem Teilmann gemäß Teil A, Abschnitt III, Punkt 3 dieser Richtlinie die nach Teil A, Abschnitt II, Punkt 3 a—h dieser Richtlinie erforderlichen Unterlagen. Bei Investitionsbauten können die Planträger die Investitions-träger mit der Beschaffung der Vorplanungsmaterialien beauftragen.
- Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, übergeben termingerecht die nach Teil A, Abschnitt II, Punkt 3 i und k dieser Richtlinie erforderlichen Unterlagen den Planträgern bzw. den Räten der Kreise, Abt. Land- und Forstwirtschaft und unterstützen sie bei der Erarbeitung der nach Teil A, Abschnitt II, Punkt 3 a—h erforderlichen Unterlagen.
- 7 Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, beauftragen die Entwurfsbüros für Hochbau bzw. örtlichen Bauleitungen mit der Ausarbeitung der Standortgutachten, wobei grundsätzlich das Standortgutachten von dem Organ ausgearbeitet ist, das später die Projektierung durchführt.
- 8 Die Bestätigung der Vorplanung erfolgt:
  - a) für Investitionsbauten durch den jeweiligen Planträger.
  - b) für Lizenzbauten der LPG durch den zuständigen Rat des Kreises, Abt. Land- und Forstwirtschaft.Bei Investitionsbauten können die Planträger die Investitions-träger (Leiter der Betriebe) ermächtigen, die Bestätigung der Vorplanung vorzunehmen. Die Bestätigung der Vorplanung soll nur dann erfolgen, wenn die Zustimmung des Leiters der betreffenden Betriebe und des zuständigen Bürgermeisters vorliegt.

Die Bestätigung der Vorplanung für Investitionsbauten im Rahmen des Kreis-, Bezirks- bzw. zentralen Planes soll nur im Einvernehmen mit den Räten der Kreise bzw. Bezirke erfolgen.

### III. Projektierung

- 1 Die Projektierung ist auf der Grundlage der bestätigten Vorplanung — soweit diese erforderlich ist — durchzuführen.
  - 2 Die Projektierungspläne für Investitionsbauten sind von dem jeweiligen Planträger zu dem festgelegten Termin ausgearbeitet und dem zuständigen Organen einzureichen.
- In den Projektierungsplänen sind die vorgesehenen Typen auszuweisen.
- Die zur Durchführung der Projektierungsarbeiten für die Lizenzbauten der LPG erforderliche Projektierungskapazität ist rechtzeitig bei der Planung der Projektierungskapazität zu berücksichtigen.
- Der Rat des Bezirkes, Abt. Land- und Forstwirtschaft, führt alle Projektierungspläne für die Vorhaben der Land- und Forstwirtschaft einschließlich der zur Durchführung der Projektierungsarbeiten für die Lizenzbauten der LPG erforderlichen Pro-

...erhaltungskapazität ...  
...erhaltung der Land- und Forstwirtschaft des Bezirkes zusammen, stimmt darüber mit dem Rat des Bezirkes, Abt. Aufbau, ab und legt gemeinsam mit dem Rat des Bezirkes, Abt. Aufbau, die Hauptbestimmungen für die Projektierung fest.

- 2. Es wird empfohlen, für jeden Bauvorhaben eine Hauptbestimmung für die Projektierung vorzulegen.

Vom Rat des Bezirkes, Abt. Aufbau, soll als Hauptbestimmung für die Projektierung in der Regel ein Entwurf für Hochbau des Bezirkes eingereicht werden.

Die Projektierungsentwürfe für Industriebauarbeiten, Um- und Ergänzungsarbeiten geringen Umfangs sowie städtische Hochbauten können von den Kreisbehörden ausgearbeitet werden. In diesem Falle gelten für die bezüglich der Durchführung und Vergütung der Projektierung dieselben Bestimmungen wie für die Entwurfsarbeiten für Hochbau.

Die Qualitätskontrolle für die Projektierungsarbeiten der Kreisbehörden erfolgt durch die Staatliche Bauaufsicht beim Rat des Kreises, Abt. Aufbau. Die Bauaufsicht, welche Projekte von den Kreisbehörden ausgearbeitet sind, trifft der Rat des Kreises, Abt. Aufbau. Es sind nur fachlich geeignete Bauingenieure zur Projektierung heranzuziehen. Der Hauptbestimmung für die Projektierung ist für die vollständige Projekt (auch bei Teilabschnitten) ein Stück aller Gepläne und Anlagen sowie der notwendigen Aufschlüsselung (Wasser, Abwasser, Energie, Straßen, Wege usw.) verantwortlich.

Der Hauptbestimmung für die Projektierung besteht die der zuständigen Entwurfsstellen der Energie, der Wasserwirtschaft, des Verkehrs und anderer der Hochbauarbeiten, die die Aufgabe auch abzugeben und termingerecht durchzuführen sollen.

Die die Lösung von Teilabschnitten der bautechnischen Projektierung kann der Hauptbestimmung für die Projektierung mit Zustimmung des zuständigen Rates des Kreises, Abt. Aufbau, nach der Kreisbehörden eintragen.

- 4. Die für die Projektierung notwendige Baugrunduntersuchung erfolgt grundsätzlich durch die Hauptbestimmung für die Projektierung. Soweit der Hauptbestimmung für die Projektierung bei anderen Stellen mit hoher Bedeutung der Baugrunde oder bei geologischen bzw. ähnlichen Baugrunde sowie anderen Grundzustandserhebungen die bautechnischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Baugrunduntersuchungen nicht eindeutig beantwortet kann, soll das Gutachten der Baugrunduntersuchungsstelle durch die Hauptbestimmung für die Projektierung eingeholt werden. Die Bestimmung über die Notwendigkeit dazu trifft der Hauptbestimmung für die Projektierung.

Die Baugrunduntersuchung und danach vor 14 Tagen er...

...auftraggeber ...  
...auftraggeber ...  
...auftraggeber ...

...auftraggeber ...  
...auftraggeber ...  
...auftraggeber ...

...technische Darstellung der ...  
...technische Darstellung der ...  
...technische Darstellung der ...

Das Grundprojekt enthält bei individueller Projektierung nur in Ausnahmefällen mit Zustimmung des Projektors für Investitionsbauten und des Rates des Kreises, Abt. Land- und Forstwirtschaft, für Landesbauten möglich. Die technische Darstellung des Bauvorhabens in seinen Hauptteilen umfasst Außenanlagen, den Materialhaushalt und den Kostenübersicht.

b) Ausführungsprojekt

Das Ausführungsprojekt enthält alle für die Bauüberführung notwendigen technischen Unterlagen, Berechnungen und Erläuterungen.

- 7. Der mit der Projektierung Beauftragte stellt sich bei der Ausarbeitung des Projektes von den Grunddaten der Sparsamkeit leiten lassen. Bei der Ausarbeitung des Projektes hat der Projektant auch die Grunddaten der komplexen Projektierung zu verifizieren, und die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik zu berücksichtigen.

Alle Auftraggeber sowie die Projektanten sind verpflichtet, die für landwirtschaftliche Bauten verbindlich erklärten Typenprojekte und Wiederverwendungsprojekte die in dem vom Ministerium für Aufbau herausgegebenen Katalog der Typenprojekte und Wiederverwendungsprojekte für landwirtschaftliche Bauten zusammengestellt sind, zu verwenden.

- 8. Für die Ausarbeitung und Bestätigung der Verplanung und Projektierung sollen folgende Termine gelten:

- a) Investitionsbauten  
(VEB-, MTB- und sonstige Investitionsbauten)  
Auftrag für die Verplanung  
bis spätestens 1. 6. des 2. dem Planjahr vorangehenden Jahres  
Fertigstellung der Verplanung  
bis spätestens 31. 11. des 2. dem Planjahr vorangehenden Jahres  
Bestätigung der Verplanung  
bis spätestens 31. 12. des 2. dem Planjahr vorangehenden Jahres  
Auftrag für Grundprojekte  
bis spätestens 1. 1. des dem Planjahr vorangehenden Jahres  
Fertigstellung u. Bestätigung d. Grundprojekte  
bis spätestens 31. 3. des dem Planjahr vorangehenden Jahres  
Fertigstellung der Ausführungsprojekte für Bsp. aller Bauvorhaben  
bis spätestens 31. 11. des dem Planjahr vorangehenden Jahres  
der Rat  
jeweils 6 Wochen vor Baubeginn

- b) Landesbauten  
LFG- und sonstige Bauten  
Auftrag für die Verplanung  
bis spätestens 1. 3. des dem Planjahr vorangehenden Jahres  
Fertigstellung der Verplanung...



Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, stellen gemäß Teil IV, Ziff. 3c und 4 des Ministerverordnungsbeschlusses vom 21. April 1958 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen (GBl. I S. 297) für die Durchführung der land- und forstwirtschaftlichen Bauverfahren die notwendigen Baumaterialien bevorzugen bereit. Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, stellen die Leistungen für Baumaterialien für land- und forstwirtschaftliche Bauverfahren den beteiligten Bauämtern sowie den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit eigenen Bauarbeiten zuzugewandten für Verfügung. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit eigenen Bauarbeiten ermitteln die erforderlichen Baumaterialien unter Anleitung der örtlichen Bauämter unter Anleitung der Mittel der zuständigen Kreisbehörden und legen die Materialanforderungen bis zum 31. 12. des dem Planjahr vorangehenden Jahres den Räten der Kreise, Abt. Aufbau, vor.

Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, legen gemeinsam mit den Räten der Kreise, Abt. Land- und Forstwirtschaft, die Materialbestimmungen für die Bauarbeiten der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe fest. Diese Bestimmungen beschließen sich die Bauämter auf Grund der ihnen übergebenen Bestimmung.

Für Sicherung der Versorgung der LPG mit Holz zur landlichen Verwendung ist vorgesehen, bei der Staatlichen Plankommission folgende Regelung zu erwirken:

Die Räte der Kreise, Abt. Land- und Forstwirtschaft, sorgen dafür, daß LPG, die eigene Waldflächen bewirtschaften,

a) Stützholz zur Durchführung ihrer Bauarbeiten aus den Waldflächen der betreffenden LPG zugewiesen erhalten, soweit es die waldbaulichen Vorschriften zulassen,

b) in Übereinstimmung mit dem § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die staatliche Forstwirtschaftsbehörden befreit werden von dem Abzug von Holz für die Lieferplan der Staatlichen Forstwirtschaftsbehörden,

c) die Genehmigung zum Einschlag von Nadelholz für Bauzwecke unter Beachtung der Anordnung vom 21. April 1958 über die Einholung des Holzverzeichnisses im Bauwesen (GBl. I S. 349) erteilt wird.

Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, berücksichtigen die durch die LPG zugewiesenen Holzbestimmungen für Bauzwecke bei der Ministerplanung für die Bauverfahren der LPG.

Die Versorgungskontore für Schnittholz und Holzhaltwaren in den Bezirken stellen die Befähigung der Bauholzkontingente für solche LPG, die eigene Waldflächen nicht bewirtschaften, aus den nichtgeplagten Sägewerken sicher.

Diese Regelung soll ab 1. April 1957 gelten und soll nicht auf zu diesem Zeitpunkt bereits begonnene Bauverfahren angewendet werden, für die die Materialversorgung gesichert ist.

3. Die Räte der Kreise sollen dafür sorgen, daß die örtlichen Baustoffreserven planmäßig ausgenutzt werden.

Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, erkennen die in den Kreisen vorhandenen und noch nutzbar zu machenden örtliche Baustoffreserven und nehmen diese in die Kreisbaupläne als Teil des Bauplanes des Kreises auf.

Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, entscheiden bei jeder Materialanforderung unter Zugrundelegung der Baupläne, welche örtlichen Reserven (Lehmsteine, Tuff usw.) für das betreffende Bauverfahren zu verwenden sind. Nach dem Bauplan sind angeordnete örtliche Baustoffreserven sollen durch Verwendung bestgeeigneter Baustoffe nicht ersetzt werden.

Die Räte der Kreise, Abt. Aufbau, treffen Maßnahmen, die die Verwendung von Natursteinen für die Herstellung von Baufundamenten gewährleisten.

**C. Schlussbemerkungen**

1. Zur ordnungsgemäßen Durchführung der den Organen der Land- und Forstwirtschaft entsprechend dieser Richtlinie zufallenden Aufgaben wird empfohlen,

a) bei den Räten der Bezirke die in den Abt. Land- und Forstwirtschaft tätigen Mitarbeiter für Investitionen, Lössen und landlichen Bauwesen in einem „Hauptreferat Investitionen, Lössen und Bau“ zusammenzufassen;

b) bei den Räten der Kreise in den Abt. Land- und Forstwirtschaft ein „Referat Investitionen, Lössen und Bau“ zu bilden.

2. Für die Tätigkeit der Kreisbauämter sind neben den ihnen durch diese Richtlinie gegebenen Hinweisen die besonderen Weisungen des Ministeriums für Aufbau maßgebend.

Der zentrale Baustab empfiehlt den Bezirksbauämtern, diese Richtlinien zur Grundlage für ihre investitionslenkende und kontrollierende Tätigkeit zu machen. Darüber hinaus sollen die Bezirksbauämter berücksichtigen, daß die Kreisbauämter in gleicher Weise vorgehen.

gez. Wilke  
Staatssekretär im Min. für Land- und Forstwirtschaft  
Vorsitzender des zentralen Baustabes

I V: gez. Kessel  
Staatssekretär